

Schriften zur Rechtsgeschichte

---

Band 180

# Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen

Von

Oskar Vurgun



Duncker & Humblot · Berlin

OSKAR VURGUN

Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen

Schriften zur Rechtsgeschichte

Band 180

# Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen

Von

Oskar Vurgun



Duncker & Humblot · Berlin

Die Drucklegung erfolgte mit freundlicher Unterstützung  
durch den Landschaftsverband Rheinland



Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Paris-Lodron Universität Salzburg  
hat diese Arbeit im Jahre 2014 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2017 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde  
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0720-7379  
ISBN 978-3-428-15182-0 (Print)  
ISBN 978-3-428-55182-8 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-85182-9 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinem Vater Ercan Vurgun (†)*

Es vergeht kein Tag,  
an dem ich nicht an Dich denke.



## Geleitwort

Juristische Veröffentlichungen, die sich mit Fragen der Justiz des nationalsozialistischen Deutschlands befassen, sind zwischenzeitlich in einer beachtlichen Anzahl erschienen. Thematische Schwerpunkte bilden ganz überwiegend Rechtsprechung und Richterschaft, insbesondere auf dem Feld der Strafjustiz. So widmen sich zahlreiche Arbeiten der Urteilspraxis diverser Sondergerichte und der Biographie der betreffenden Richter, während die diesbezügliche Arbeit der Staatsanwaltschaften und die Lebens- und Berufswege der zuständigen Staatsanwälte vielfach nur am Rande erörtert werden. Die vorliegende Publikation, die als Dissertation entstanden ist, betritt dagegen gewissermaßen Neuland, indem sie die Arbeit einer konkreten Staatsanwaltschaft und die beruflichen Wege der dort handelnden Staatsanwälte als Untersuchungsgegenstände wählt, die im Detail und unter Nutzung aller heute verfügbaren Quellen durchleuchtet werden. Forschungsobjekt ist die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen, das 1941 errichtet worden war. Inhaltlich geht es folglich vor allem um das Kriegsstrafrecht in seinen Auswüchsen. Der Verfasser hat dabei nicht nur alle noch vorhandenen Verfahrensakten gesichtet und ausgewertet, die mit 680 Einzelverfahren etwa 70 % des geschätzten Gesamtbestandes ausmachen; er hat auch in erheblichem Umfang weitere Primärquellen herangezogen, wie das Quellenverzeichnis und der Anmerkungsapparat zeigen, vor allem aber die faktengesättigte Untersuchung eindrucksvoll belegt. Die breite Quellenbasis, die sich auch im Umfang der Arbeit dokumentiert (618 Textseiten sowie zahlreiche Tabellen und Abbildungen), untermauert die getroffenen Aussagen in ihrer Werthaltigkeit.

Die Forschungsfragen, die sich der Autor gestellt hat, basieren auf dem Verständnis der Staatsanwaltschaft im Dritten Reich als eines unmittelbaren Organs der politischen Führung (Georg Dahm). Für die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen untersucht die Arbeit, inwieweit eine Instrumentalisierung als politische Steuerungsinstanz im Arbeitsalltag stattgefunden hat, die gegebenenfalls auch als politische Selbstinstrumentalisierung einzuordnen ist. Maßgebende Gesichtspunkte sind die Auswirkungen der einschlägigen Gesetzgebung, die politische Zuverlässigkeit der agierenden Staatsanwälte, das Zusammenspiel mit den vorgesetzten Behörden und dem Sondergericht sowie die Ermittlungs-, Anklage-, Vollstreckungs- und Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft.

Die Beantwortung der Fragen basiert auf besonders gründlichen Recherchen und sorgfältig differenzierenden Bewertungen. Hervorzuheben ist dabei die Darstellung der beruflichen Tätigkeit der betroffenen Staatsanwälte. In ihrem Rahmen werden die einzelnen Verfahren dem jeweiligen Sachbearbeiter zugeordnet und dessen Verfahrensbearbeitung – soweit möglich – im Detail untersucht, was einen tiefer gehenden Einblick in das Rollenverständnis der fraglichen Staatsanwälte ermöglicht. Ebenso erhellt ist die umfassende Analyse der Verfahren, in denen die besonderen Rechtsmittel des NS-Strafprozessrechts (Außerordentlicher Einspruch und Nichtigkeitsbeschwerde) erwogen oder tatsächlich eingesetzt wurden, sowie derjenigen, in denen Todesurteile ergingen.

Die Aufbereitung des umfangreichen Stoffs erfolgt in nur zwei Hauptteilen, die aber jeweils mit detaillierten Untergliederungen versehen sind, was inhaltlich dem Leser die Orientierung erleichtert und es ihm darüber hinaus erlaubt, bei der Lektüre ohne Weiteres eigene Schwerpunkte zu setzen. Die Dissertation, die mit zwei Preisen ausgezeichnet wurde, kann daher auch als ein rechtshistorisches Sachbuch verstanden werden, das dem Leser zu einzelnen Stichworten und Themenbereichen vertiefte Informationen bietet. Umso mehr ist es zu begrüßen, dass ein renommierter Verlag diese Arbeit in sein Programm aufgenommen hat.

*Gerhard Fieberg*  
Präsident des Bundesamts für Justiz a.D.

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit wurde im Mai 2014 von der Universität Salzburg als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dr. Gerhard Ammerer für das enge Betreuungsverhältnis, seinen persönlichen Einsatz und das aufrichtige Interesse an der Arbeit, welches Ansporn für mich war.

In gleichem Maße danke ich Herrn Prof. Dr. Alfred Rinnerthaler, der die Arbeit betreute, stets konstruktive Impulse gab, mich auf Fördermöglichkeiten aufmerksam machte und damit wesentlich zum Erfolg der Dissertation – auch über die Veröffentlichung hinaus – beitrug.

Mit der von Professionalität und Warmherzigkeit geprägten Betreuung trugen beide Herren maßgeblich zu meiner akademischen Prägung und stets währenden, inneren Verbundenheit zur Universität Salzburg bei.

Danken möchte ich Herrn Prof. Dr. Gerald Kohl für die Übernahme der Begutachtung der Arbeit sowie die Möglichkeit, bis heute am wissenschaftlichen Austausch um die Rolle der Staatsanwaltschaft im rechtshistorischen Kontext teilnehmen zu können.

Danken möchte ich der Universität Salzburg und ihrem Rektor, Herrn Prof. Dr. Heinrich Schmidinger, für die finanzielle Unterstützung bei der Drucklegung.

Für die Gewährung eines Druckkostenstipendiums danke ich dem Landschaftsverband Rheinland und seiner Direktorin, Frau Ulrike Lubek, sowie dem Leiter des Fachbereiches für regionale Kulturarbeit a.D., Herrn Dr. Norbert Kühn.

Für die Verleihung des Irma Rosenberg-Preises für die Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus danke ich Frau Prof. Dr. Sybille Steinbacher vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, dem Präsidenten der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Herrn Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz, Herrn Bundesminister Reinhold Mitterlehner sowie der Leiterin der Kulturabteilung der Stadt Wien, Frau Anita Zemlyak.

Der Regierungspräsidentin des Regierungsbezirks Köln, Frau Gisela Walsken, dem Leiter des Historischen Instituts der RWTH Aachen, Herrn Prof. Dr. Dr. Armin Heinen, Herrn Prof. Dr. Frank Pohle und dem Präsidenten des AKV Aachen, Herrn Rechtsanwalt Dr. Werner Pfeil, danke ich für die Verleihung des Helmut A. Crous-Geschichtspreises der Region Aachen.

Da die Arbeit zu einem großen Teil von Archivarbeit geprägt war, danke ich allen Mitarbeitern des Landesarchivs NRW sowie dessen Leiter, Herrn Dr. Frank Bischoff, sowie Herrn Maik Rost, der sich dafür einsetzte, mir alle erforderlichen Aktenstücke zur Verfügung zu stellen. Mein Dank gilt den Mitarbeitern des Bundesarchivs der Zweigstelle Berlin-Lichterfelde und dessen Leiter, Herrn Dr. Michael Hollmann, sowie den Mitarbeitern und dem Direktor des Landesarchivs Berlin, Herrn Uwe Schaper.

Dem Leitenden Rechtsberater der Streitkräftebasis im Bundesministerium der Verteidigung a.D., Herrn Direktor a.D. Dr. Alexander Poretschkin, danke ich für meine erste wissenschaftliche Veröffentlichung und seinen persönlichen Einsatz um meine Person zu Beginn der Dissertation.

Danken möchte ich dem Präsidenten des Bundesamtes für Justiz a.D., Herrn Gerhard Fieberg, für inspirierende Gespräche und Einblicke in die rechtshistorische Aufarbeitung des Nationalsozialismus durch die Bundesrepublik Deutschland.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Freund, Herrn Rechtsanwalt Dr. Thomas Bichat, für den fachlichen Austausch und unsere stets währende Freundschaft und Verbundenheit zueinander.

Ich danke meinem Freund Herrn Christopher Ross, der mit großem Fleiß die Korrekturlektüre der Arbeit vorgenommen hat. Meinem Freund Guido Schmitz danke ich für die IT-Unterstützung, insbesondere für die Konzipierung der Datenbank, die der Arbeit zugrunde liegt.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Ministerialrat Heinz-Ulrich Lüttger, Frau Rechtsanwältin Gabriele Lüttger und Frau Christine Lüttger für die Ermöglichung meines Forschungsaufenthalts in Berlin, die Korrekturlektüre, den fachlichen Austausch und die gemeinsame Zeit.

Ich danke meiner Großmutter Frau Marga Scheins, die als Aachenerin und Zeitzeugin den Krieg miterlebte, für ihre Erzählungen und Erinnerungen an ihren Bruder, Herrn Siegfried Müller, der als Soldat an der Ostfront sein Leben ließ.

Mein Dank gilt meiner Mutter, Frau Sixta Vurgun, für ihre Liebe, finanzielle Unterstützung während meiner gesamten akademischen Ausbildung und Vorbildfunktion, die sie nach dem Tod meines Vaters alleine ausgefüllt hat.

Ich danke meinem verstorbenen Vater, der in Gedanken und meinem Herzen stets bei mir ist, für seine Liebe, sein Wesen und Charisma, die mich jeden Tag motivieren und inspirieren.

Potsdam, im März 2017

*Oskar G. Vurgun*

# Inhaltsübersicht

<b>A. Einleitung</b> .....	31
I. Ziel und methodischer Ansatz der Untersuchung .....	33
II. Forschungsstand .....	34
III. Forschungsfragen .....	39
IV. Gang der Darstellung .....	39
V. Quellenlage und Quellenwert .....	40
<b>B. Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen und ihre Rolle im Justizverwaltungsapparat</b> .....	45
I. Rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen der staatsanwalt-schaftlichen Arbeitspraxis am Standort Aachen .....	45
II. Die strafrechtliche Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Staats-anwaltschaft .....	79
III. Die Personalpflege auf Reichsebene und ihre Umsetzung und Auswirkung bei der Staatsanwaltschaft Aachen .....	159
IV. Die vorgesetzten Dienstbehörden der Staatsanwaltschaft Aachen – Akteure und Lenkungsinstrumente .....	231
<b>C. Die Ermittlungs-, Anklage-, Vollstreckungs- und Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft Aachen, dargestellt anhand der Verfahrensakten der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen</b> .....	294
I. Ermittlungs- und Anklagepraxis .....	294
II. Strafvollstreckungs- und Gnadenpraxis .....	447
III. Weitere Entwicklung der Staatsanwaltschaft .....	486
<b>D. Zusammenfassung</b> .....	499
<b>Anhang</b> .....	504
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	595
<b>Quellenverzeichnis</b> .....	611
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	616



# Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	31
I. Ziel und methodischer Ansatz der Untersuchung .....	33
II. Forschungsstand .....	34
III. Forschungsfragen .....	39
IV. Gang der Darstellung .....	39
V. Quellenlage und Quellenwert .....	40
<b>B. Die Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen und ihre Rolle im Justizverwaltungsapparat</b> .....	45
I. Rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen der staatsanwalt-schaftlichen Arbeitspraxis am Standort Aachen .....	45
1. Rechtliche Rahmenbedingungen .....	45
a) Nationalsozialistische Rechtsideologie .....	45
aa) Das Führerprinzip .....	45
bb) Das Prinzip der Volksgemeinschaft .....	47
b) Die intendierte Stellung der Staatsanwaltschaft im NS-Regime ..	50
c) Grundlagen nationalsozialistischer Gesetzgebung .....	52
aa) Formelle Gesetzgebung .....	52
bb) Materielle Gesetzgebung .....	56
2. Faktische Rahmenbedingungen .....	57
a) Die fingierte „Justizkrise“ – Gründe, Urheber und Auswirkun- gen .....	57
b) Der Einfluss des Krieges auf den Standort Aachen .....	61
aa) Eckdaten zum Kriegsverlauf in Aachen .....	61
bb) Bedeutung des Krieges für die Behördenorganisation .....	63
cc) Der Kriegseinfluss auf die Bevölkerung und Konsequenzen für die Arbeit der Staatsanwaltschaft .....	67
(1) Kriegsbedingte Zerstörungen .....	67
(2) Versorgungslage .....	70
(3) Das Zusammenleben mit ausländischen und jüdischen Menschen .....	72
c) Die staatsanwaltschaftliche Wirkungsstätte: Das Sondergericht Aachen .....	74
aa) Die Entwicklung der Sondergerichtsbarkeit bis 1933 .....	74
bb) Errichtung und Personal des Sondergerichts Aachen .....	77
cc) Überlieferter Geschäftsanfall .....	78
II. Die strafrechtliche Gesetzgebung und ihre Bedeutung für die Staats- anwaltschaft .....	79

1. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des materiellen Strafrechts . . . . .	80
2. Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des formellen Strafrechts . . . . .	82
a) Abschaffung des Analogieverbots . . . . .	82
b) Gerichtliche Voruntersuchung . . . . .	84
c) Durchbrechung des Legalitätsprinzips . . . . .	85
d) Weitere Änderungen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens . . . . .	89
e) Zugang zum Sondergericht durch Wahlzuständigkeit . . . . .	91
f) Besondere Rechtsmittel – der außerordentliche Einspruch . . . . .	97
aa) Entstehung, Anwendungsbereich und abstrakte Relevanz . . . . .	97
bb) Konkrete Relevanz des außerordentlichen Einspruchs für die Staatsanwaltschaft Aachen . . . . .	100
cc) Schlussfolgerung . . . . .	108
g) Besondere Rechtsmittel – die Nichtigkeitsbeschwerde . . . . .	110
aa) Entstehung, Anwendungsbereich und abstrakte Relevanz . . . . .	110
bb) Konkrete Relevanz der Nichtigkeitsbeschwerde für die Staatsanwaltschaft Aachen . . . . .	115
(1) Die Fälle erwogener Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	116
(a) Fall 1 . . . . .	116
(b) Fall 2 . . . . .	119
(c) Fall 3 . . . . .	121
(2) Die Fälle angeregter Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	122
(a) Fall 4 . . . . .	122
(b) Fall 5 . . . . .	124
(c) Fall 6 . . . . .	126
(3) Die Fälle eingelegter Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	128
(a) Fall 7 . . . . .	128
(b) Fall 8 . . . . .	130
(4) Die Fälle erfolgreicher Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	132
(a) Fall 9 . . . . .	132
(b) Fall 10 . . . . .	134
(c) Fall 11 . . . . .	136
(d) Fall 12 . . . . .	137
(e) Fall 13 . . . . .	139
(f) Fall 14 . . . . .	141
(g) Fall 15 . . . . .	144
(h) Fall 16 . . . . .	146
cc) Schlussfolgerung . . . . .	148
h) Strafvollstreckung und Begnadigung . . . . .	156
3. Schlussfolgerung . . . . .	157
III. Die Personalpflege auf Reichsebene und ihre Umsetzung und Auswirkung bei der Staatsanwaltschaft Aachen . . . . .	159
1. Personalpflege auf Reichsebene: Personelle „Reinigung“ der Justizverwaltung und Personalpolitik im NS-Regime . . . . .	161

a) Die Reformation des Beamtenapparates und ihre gesetzlichen Grundlagen .....	161
b) Einwirkungen der NSDAP auf dem Personalsektor – der Staatsanwalt zwischen Staatstreue und Parteitreue .....	164
c) Die Mitgliedschaft in der Partei als Voraussetzung für die Beamtenlaufbahn .....	170
2. Die Umsetzung der Personalpflege auf Bezirksebene: Aufbau und Akteure der Staatsanwaltschaft Aachen .....	173
a) Einordnung und Aufbau der Staatsanwaltschaft Aachen im Gefüge der Justizverwaltung .....	173
b) Die Akteure der Staatsanwaltschaft Aachen und ihre politische Instrumentalisierung .....	175
aa) Die Definition des Begriffs der „politischen Selbstinstrumentalisierung“ .....	176
bb) Die Akteure der Staatsanwaltschaft Aachen .....	179
(1) LOStA Karl Friedrich Hans Führer .....	179
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	179
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	183
(2) EStA Carl Ackermann .....	188
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	188
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	191
(3) Dezernatsleiter für Sondergerichtssachen: StA Dr. Konrad Bruno Höher .....	195
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	195
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	197
(4) StA Rolf Venator .....	202
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	202
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	203
(5) StA Dr. Gerhard Marx .....	205
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	205
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	207
(6) StA Hans Wickmann .....	210
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	210
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	212
(7) StA Paul Friedrich Wilhelm Zimmerath .....	215
(a) Tätigkeitsprofil und Parteiaktivität .....	215
(b) Relevanz der staatsanwaltlichen Tätigkeit vor dem Sondergericht .....	217
c) Schlussfolgerung .....	224

3. Schlussfolgerung .....	228
<b>IV. Die vorgesetzten Dienstbehörden der Staatsanwaltschaft Aachen –</b>	
Akteure und Lenkungsinstrumente .....	231
1. Die oberste Justizbehörde: Das Reichsjustizministerium in Berlin ..	234
a) Behördlicher Aufbau und sachliche Zuständigkeit .....	234
b) Relevante Akteure .....	236
aa) Staatssekretär Dr. Dr. hc Franz Schlegelberger .....	236
bb) Reichsminister Dr. Otto Georg Thierack .....	240
cc) Staatssekretär Dr. Roland Freisler .....	244
dd) Staatssekretär Dr. Curt Ferdinand Rothenberger .....	247
ee) Staatssekretär Herbert Klemm .....	249
ff) Ministerialrat Karl Günther Joel .....	250
c) Die ministeriellen Lenkungsinstrumente und ihre Bedeutung für die Staatsanwaltschaft Aachen .....	250
aa) Mitteilungs- und Berichtspflichten an das Reichsjustizministerium .....	250
bb) Verpflichtung zur Erstattung politischer Lageberichte .....	258
cc) Einzelweisungen des Reichsjustizministeriums an die Staatsanwaltschaft Aachen .....	262
dd) Weitere Arten von Verwaltungsbestimmungen mit Bindungswirkung für die Staatsanwaltschaft – Richtlinien, Rundverfügungen und Allgemeinverfügungen .....	269
ee) Besprechungen und Tagungen .....	273
2. Die Generalstaatsanwaltschaft Köln – Bindeglied zwischen Reichsjustizministerium und Staatsanwaltschaft Aachen .....	275
a) Stellung und sachliche Zuständigkeit .....	275
b) Relevante Akteure .....	277
aa) OStA Dr. Dr. Otto Osterkamp .....	277
bb) GStA Willy Rahmel .....	279
cc) Sonderreferent bei der Generalstaatsanwaltschaft: EStA Arnold .....	282
c) Lenkungsinstrumente auf Provinzialebene und ihre Bedeutung für die Staatsanwaltschaft Aachen .....	283
aa) Berichts- und Mitteilungspflichten an den Generalstaatsanwalt .....	283
bb) Politische Lageberichte an die Generalstaatsanwaltschaft ..	284
cc) Einzelweisungen der Generalstaatsanwaltschaft .....	288
3. Schlussfolgerung .....	290
<b>C. Die Ermittlungs-, Anklage-, Vollstreckungs- und Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft Aachen, dargestellt anhand der Verfahrensakten der Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Aachen .....</b>	294
I. Ermittlungs- und Anklagepraxis .....	294
1. Die Ermittlungs- und Anklagepraxis im Lichte der jeweiligen Deliktsgruppen .....	295

a)	Delikte nach dem Heimtückegesetz (HG) . . . . .	295
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	295
(1)	§ 1 HG . . . . .	296
(2)	§ 2 HG . . . . .	297
cc)	Ermittlungsspezifische Besonderheiten . . . . .	301
dd)	Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegen- überstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß . .	305
b)	Delikte nach der Kriegswirtschaftsverordnung (KrWVO) . . . . .	305
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	305
(1)	§ 1 Abs. 1 KrWVO . . . . .	306
(2)	Sonstiger Anwendungsbereich der KrWVO . . . . .	313
bb)	Ermittlungsspezifische Besonderheiten . . . . .	314
cc)	Anklagespezifische Besonderheiten . . . . .	315
dd)	Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegen- überstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß . .	317
c)	Delikte nach der Volksschädlingsverordnung (VVO) . . . . .	318
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	318
(1)	Systematische Einordnung der §§ 2 und 4 VVO . . . . .	320
(2)	Anwendungsbereich des § 2 VVO . . . . .	324
(a)	Taugliche „Grunddelikte“ . . . . .	324
(b)	Ausnutzung von Fliegerabwehrmaßnahmen . . . . .	325
(c)	Voraussetzung des Tätertypen als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal . . . . .	330
(3)	§ 4 VVO . . . . .	334
(a)	Die „sonstige Straftat“ als „Grunddelikt“ . . . . .	334
(b)	Die Ausnutzung „außergewöhnlicher Verhältnisse“ .	336
(c)	Die Verwerflichkeitsklausel . . . . .	339
bb)	Anklagespezifische Besonderheiten . . . . .	342
cc)	Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegen- überstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß . .	343
d)	Delikte nach der Rundfunkverordnung (RundfunkVO) . . . . .	344
aa)	Anwendungsbereich . . . . .	344
(1)	§ 1 RundfunkVO . . . . .	345
(2)	§ 2 RundfunkVO . . . . .	347
bb)	Ermittlungsspezifische Besonderheiten . . . . .	350
cc)	Anklagespezifische Besonderheiten . . . . .	353
dd)	Der Erfolg der Anklagepraxis, gemessen anhand der Gegen- überstellung von beantragtem und verhängtem Strafmaß . .	354
2.	Die Ermittlungs- und Anklagepraxis im Lichte unterschiedlicher Personengruppen . . . . .	355
a)	Die Ermittlungspraxis gegen den Sonderreferenten der General- staatsanwaltschaft . . . . .	355
b)	Ermittlungs- und Anklagepraxis gegen Angehörige der NSDAP	357

aa) Verfahren gegen führende Persönlichkeiten der NSDAP auf Provinzialebene .....	357
bb) Verfahren gegen sonstige Angehörige der NSDAP .....	362
c) Verfahrenspraxis bei Ausländern .....	368
3. Verfahrenspraxis bei Todesurteilen .....	374
a) Der Fall Raymond D. ....	379
aa) Täterprofil .....	379
bb) Sachverhalt .....	379
cc) Spruchpraxis .....	380
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	380
b) Der Fall Josef K. ....	382
aa) Täterprofil .....	382
bb) Sachverhalt .....	383
cc) Spruchpraxis .....	383
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	384
c) Der Fall Wilhelm M. ....	386
aa) Täterprofil .....	386
bb) Sachverhalt .....	387
cc) Spruchpraxis .....	387
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	388
d) Der Fall Philipp L. ....	390
aa) Täterprofil .....	390
bb) Sachverhalt .....	390
cc) Spruchpraxis .....	391
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	392
e) Der Fall Hubert B. ....	393
aa) Täterprofil .....	393
bb) Sachverhalt .....	394
cc) Spruchpraxis .....	395
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	396
f) Der Fall Wilhelm O. ....	397
aa) Täterprofil .....	397
bb) Sachverhalt .....	398
cc) Spruchpraxis .....	398
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	400
g) Der Fall Heinrich W. ....	402
aa) Täterprofil .....	402

bb) Sachverhalt .....	402
cc) Spruchpraxis .....	403
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	404
h) Der Fall Hans K. ....	405
aa) Täterprofil .....	405
bb) Sachverhalt .....	406
cc) Spruchpraxis .....	407
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	407
i) Der Fall Paul S. ....	411
aa) Täterprofil .....	411
bb) Sachverhalt .....	412
cc) Spruchpraxis .....	413
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	415
j) Der Fall Wilhelm L., Albert L., Heinrich H. und Karl S. ....	420
aa) Täterprofile .....	420
bb) Sachverhalt .....	421
cc) Spruchpraxis .....	421
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	422
k) Der Fall Mathias P. ....	423
aa) Täterprofil .....	423
bb) Sachverhalt .....	424
cc) Spruchpraxis .....	424
dd) Anklagepraxis und sonstiges Tätigwerden der Staatsanwalt- schaft .....	425
5. Auswirkungen der VereinfachungsVO vom 29. Mai 1943 für die Ermittlungs- und Anklagepraxis .....	426
6. Fachärztliche Begutachtungen des Geisteszustandes .....	427
a) Voraussetzungen und staatsanwaltschaftliche Intention .....	428
b) Aufbau und inhaltliche Ausgestaltung der Gutachten .....	429
c) Prozessuale Relevanz und Bindungswirkung der Gutachten ..	431
7. Verfahrenseinstellungen, Verwarnungen und Freisprechungs- anträge – Motive und Ursachen .....	434
8. Schlussfolgerungen .....	438
II. Strafvollstreckungs- und Gnadenpraxis .....	447
1. Grundlagen zum Strafvollzug .....	447
a) Ideologische Grundlagen des Strafvollzugs seit der Machtüber- nahme .....	447
b) Zielrichtungen und normative Entwicklung des Strafvollzugs von der Weimarer Republik bis zur Strafvollzugsordnung vom 22. Juli 1940 .....	449

aa) Reichsratsgrundsätze vom 7. Juni 1923 . . . . .	449
bb) Strafvollzugsordnung vom 14. Mai 1934 . . . . .	450
cc) Strafvollzugsordnung vom 22. Juli 1940 . . . . .	452
2. Vollstreckungspraxis bei Urteilen des Sondergerichts Aachen . . . . .	454
a) Aufgaben der Staatsanwaltschaft als Strafvollstreckungsbehörde . . . . .	454
b) Vollstreckungsorte . . . . .	457
c) Durchführung und Statistik . . . . .	458
aa) Geldstrafen . . . . .	458
bb) Freiheitsstrafen . . . . .	459
(1) Gefängnisstrafen . . . . .	459
(2) Zuchthausstrafen . . . . .	460
(3) Lagervollzug . . . . .	461
cc) Vollstreckung von Todesstrafen . . . . .	463
(1) Rechtliche und tatsächliche Rahmenbedingungen . . . . .	463
(2) Konkreter Verfahrensablauf . . . . .	467
3. Gnadenpraxis der Staatsanwaltschaft Aachen . . . . .	471
a) Normative Rahmenbedingungen des Gnadenverfahrens . . . . .	471
b) Umsetzung durch die Staatsanwaltschaft Aachen . . . . .	474
aa) Bedingte Strafaussetzung . . . . .	474
(1) Privilegierte Personen- und Berufsgruppen . . . . .	475
(2) Auflagen und Bedingungen . . . . .	478
bb) „Bewährung an der Front“ . . . . .	478
cc) Bedeutung von Stellungnahmen der NSDAP . . . . .	480
dd) Gnadenpraxis in Zahlen . . . . .	481
4. Schlussfolgerung . . . . .	483
III. Weitere Entwicklung der Staatsanwaltschaft . . . . .	486
1. Kriegsverlauf und Konsequenzen für die Staatsanwaltschaft . . . . .	486
2. Zukunft der Staatsanwälte nach Kriegsende . . . . .	487
3. Vorwürfe in der Nachkriegszeit . . . . .	495
<b>D. Zusammenfassung</b> . . . . .	499
<b>Anhang</b> . . . . .	504
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	595
<b>Quellenverzeichnis</b> . . . . .	611
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	616

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Anträge und Entscheidungen zu den Angeklagten, die Gegenstand des außerordentlichen Einspruchs waren .....	102
Tabelle 2: Anzahl eingelegter Nichtigkeitsbeschwerden in den Geschäftsjahren 1941–1945 .....	115
Tabelle 3: Ausgang und Merkmale von Verfahren vor dem Sondergericht Aachen, die im Zusammenhang mit Nichtigkeitsbeschwerden stehen .....	149
Tabelle 4: Sitzungsvertretungen des LOStA Führer .....	183
Tabelle 5: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch LOStA Führer .....	184
Tabelle 6: Sitzungsvertretungen des EStA Ackermann .....	191
Tabelle 7: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch EStA Ackermann, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen .....	192
Tabelle 8: Anzahl der Sitzungsvertretungen von StA Höher, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen und antragsgemäßen Urteilen .....	197
Tabelle 9: Sitzungsvertretungen des StA Venator .....	203
Tabelle 10: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Venator, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen .....	204
Tabelle 11: Anzahl der Sitzungsvertretungen des StA Marx, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen und antragsgemäßen Urteilen .....	207
Tabelle 12: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Marx, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen .....	208
Tabelle 13: Anzahl der Sitzungsvertretungen von StA Wickmann, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen und antragsgemäßen Urteilen .....	212
Tabelle 14: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Wickmann, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen .....	213
Tabelle 15: Anzahl der Sitzungsvertretungen von StA Zimmerath, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen und antragsgemäßen Urteilen .....	217
Tabelle 16: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Zimmerath, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen .....	219
Tabelle 17: Gegenüberstellung durchschnittlich beantragter und verhängter Freiheitsstrafen gegen Parteimitglieder und die Gesamtheit aller Angeklagten .....	366

Tabelle 18: Vergleich der durchschnittlichen Höhe der Strafanträge in Monaten, nach Deliktsgruppen, Angeklagtengruppen und Strafart . . . . .	373
Tabelle 19: Verfahren mit anschließendem Todesurteil . . . . .	375
Tabelle 20: Anzahl dokumentierter Todesurteile durch Sondergerichte im Rheinland und in Westfalen . . . . .	377
Tabelle 21: Verfahren, in denen fachärztliche Gutachten eingeholt wurden . . . . .	432
Tabelle 22: Verfahrensanzahl beantragter Freisprüche, forciert Einstellungen sowie Verwarnungen . . . . .	436
Tabelle 23: Verfahrensverteilung über die Jahre 1941–1945 nach Vergehen und Verbrechen . . . . .	504
Tabelle 24: Gesamtverteilung der einzelnen Delikte nach Anzahl und Prozentpunkten . . . . .	505
Tabelle 25: NS-Verfahrenssignaturen mit jeweils höchster fortlaufender Nummer pro Jahr, unterteilt in Vergehen und Verbrechen . . . . .	508
Tabelle 26: Eingelegte Nichtigkeitsbeschwerden beim dritten Strafsenat des Reichsgerichts aus der Sphäre der StA Aachen . . . . .	509
Tabelle 27: Synopse der Strafen im Ausgangsverfahren und Korrekturverfahren von erfolgreich eingelegten Nichtigkeitsbeschwerden . . . . .	509
Tabelle 28: Sondergerichtsverfahren, in denen das Gerichtsurteil vom beantragten Strafmaß zuungunsten der Angeklagten abwich . . . . .	510
Tabelle 29: Durchschnittliche Strafhöhe verhängter Freiheitsstrafen, dargestellt anhand der jeweiligen Deliktsgruppen . . . . .	513
Tabelle 30: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Höher nach Deliktsgruppen . . . . .	514
Tabelle 31: Heimtückeverfahren bei Sitzungsvertretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen . . . . .	514
Tabelle 32: Verstöße gegen die KrWVO bei Sitzungsvertretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen . . . . .	515
Tabelle 33: Verstöße gegen die VVO bei Sitzungsvertretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen . . . . .	517
Tabelle 34: Verstöße gegen die RundfunkVO bei Sitzungsvertretung durch StA Höher, deren Urteile antragsgemäß ergingen . . . . .	518
Tabelle 35: Anzahl der Sitzungsvertretungen aller Staatsanwälte nach Deliktsgruppen . . . . .	518
Tabelle 36: Beantragtes und verhängtes Strafmaß in Verfahren gegen Mitglieder der NSDAP bei Sitzungsvertretung durch StA Zimmerath nach Deliktsgruppen . . . . .	520
Tabelle 37: Durchschnittliche Höhe beantragter Freiheitsstrafen durch StA Zimmerath bei Mitgliedern der NSDAP nach Deliktsgruppen . . . . .	523
Tabelle 38: Vertikale Behördenstruktur des RJM, Stand von April 1941 . . . . .	524

Tabelle 39: Sachliche Zuständigkeit und Referatsleiter der Abteilung III nachgeordneten Referate . . . . .	526
Tabelle 40: Die Sachreferate der Abteilung III unterstellten Unterabteilungen	527
Tabelle 41: Vertikale Behördenstruktur des RJM ab der Übernahme Thieracks im August 1942 . . . . .	528
Tabelle 42: Sondergerichtsverfahren, die im Rahmen der ministeriellen Berichtspflicht als „mild“ bezeichnet wurden . . . . .	529
Tabelle 43: Erfolgte Verfahrensberichte der StA Aachen an das Sonderreferat nach Deliktsgruppen . . . . .	531
Tabelle 44: Fundstellen zu Verstößen gegen das Sammlungsgesetz von Geistlichen, die vor dem AG Aachen im Ordnungswege erledigt wurden	534
Tabelle 45: Vorsitzende Richter und jeweilig anteilige Verfahrensanzahl beim Sondergericht . . . . .	534
Tabelle 46: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in Heimtückeverfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	536
Tabelle 47: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in KrWVO-Verfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten . . . . .	537
Tabelle 48: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in VVO-Verfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten . . . . .	538
Tabelle 49: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß in Rundfunk-VO-Verfahren nach personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten	539
Tabelle 50: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß gegen Mitglieder der NSDAP nach Deliktsgruppen, personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten . . . . .	540
Tabelle 51: Verfahren gegen Ausländer nach Delikten, Nationalitäten, Angeklagtenzahl und Verfahrensanzahl . . . . .	541
Tabelle 52: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß gegen ausländische Angeklagte nach Deliktsgruppen, personenbezogener Strafanzahl, Summe der Strafen in Monaten und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten . . . . .	543
Tabelle 53: Verfahren, in denen fachärztliche Gutachten eingeholt wurden . . .	544
Tabelle 54: Anzahl beantragter Freisprüche in Verfahren gegen ausländische Staatsangehörige . . . . .	546
Tabelle 55: Inhaltliche Änderungen des Vollzugsplans für die StA Aachen durch den GStA in Köln im Zeitraum von 1942–1943 nach Datum der Verfügung und geändertem Inhalt . . . . .	547

Tabelle 56: Synopse von Strafantrag und verhängtem Strafmaß nach sämtlich relevanten Deliktsgruppen, Summe der Strafen in Monaten, Anzahl der Strafen und durchschnittlicher Strafdauer in Monaten .....	550
Tabelle 57: Verteilung der verurteilten Personen auf die jeweiligen Vollzugsstandorte .....	552

## Abbildungverzeichnis

Abbildung 1:	Diagramm zur anteiligen Verfahrensverteilung auf die jeweiligen Vorsitzenden Richter, aufgeschlüsselt nach Namen . . . . .	78
Abbildung 2:	Diagramm zum Vergleich der beantragten Strafhöhe bezüglich der allgemeinen Angeklagtengruppe gegenüber Mitgliedern der NSDAP und dem durchschnittlich verhängten Strafmaß des Sondergerichts bei der allgemeinen Angeklagtengruppe durch StA Zimmerath . . . . .	220
Abbildung 3:	Diagramm zur durchschnittlichen Höhe verhängter und beantragter Freiheitsstrafen in Monaten, aufgeschlüsselt nach Deliktsgruppen und Staatsanwälten. . . . .	225
Abbildung 4:	Diagramm zur prozentualen Verteilung erfolgter Berichte auf die jeweiligen Deliktsgruppen . . . . .	257
Abbildung 5:	Diagramm zur Verhältnisverteilung der Nationalitäten ausländischer Angeklagter vor dem Sondergericht Aachen . . . . .	369
Abbildung 6:	Diagramm zur verhältnismäßigen Verteilung erteilter Gnaden gewähren auf die jeweiligen Deliktsgruppen unter Zugrundele gung der gesamten Verfahrensanzahl . . . . .	481
Abbildung 7:	Diagramm zur Verfahrensverteilung des Sondergerichts Aachen über die Jahre 1941–1945 in %, differenziert nach Vergehen und Verbrechen . . . . .	505
Abbildung 8:	Diagramm zur prozentualen Verhältnisverteilung der jeweiligen Deliktsgruppen. . . . .	508
Abbildung 9:	Diagramm zum prozentualen Anteil getätigter Sitzungsvertretungen, dargestellt anhand der jeweiligen Staatsanwälte. . . . .	519
Abbildung 10:	Diagramm zur Anzahl getätigter Sitzungsvertretungen, aufgeschlüsselt in Deliktsgruppen und Staatsanwälte . . . . .	519
Abbildung 11:	Fragebogen des LOStA Führer zur Person . . . . .	554
Abbildung 12:	Anzeige des LOStA Führer zum Kirchenaustritt . . . . .	558
Abbildung 13:	Durchsuchungsbericht der Gestapo nach Beschlagnahme eines Radios . . . . .	559
Abbildung 14:	Deckblatt der Ermittlungsakte nach Einlieferungsanzeige bei der Gestapo . . . . .	560
Abbildung 15:	Personalbogen eines Beschuldigten im Ermittlungsverfahren . .	561

Abbildung 16: Aktendeckel einer sondergerichtlichen Verfahrensakte mit dem Vermerk „Ausländer“ .....	565
Abbildung 17: Aufruf an Bauern und Landwirte zur Abgabe von Getreide ..	566
Abbildung 18: Anweisung des LOStA an die Kriminalpolizei zur Angabe von Informationen zur Täterpersönlichkeit .....	567
Abbildung 19: Blankoformular eines Fragebogens zur Abstammung für die StA .....	568
Abbildung 20: Schreiben des GStA an den LOStA bezüglich erforderlicher Angaben zur Erbringung des Nachweises arischer Abstammung .....	570
Abbildung 21: Brief des Reichsministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Aachen bezüglich der Annexionierung des belgischen Gebiets samt Kartographie .....	572
Abbildung 22: Ausgefülltes Exemplar der Erbringung des Nachweises arischer Abstammung .....	575
Abbildung 23: Befürwortende Verfügung bedingter Strafaussetzung .....	581
Abbildung 24: Mitteilung des ORA bezüglich der Terminierung des Verfahrens des außerordentlichen Einspruchs vor dem Besonderen Senat beim RG .....	582
Abbildung 25: Übertragung der Strafvollstreckungskompetenz des ORA an den LOStA .....	583
Abbildung 26: Übersendung einer Urteilsausfertigung zum außerordentlichen Einspruch durch den ORA .....	584
Abbildung 27: Gnadengesuch der Tochter des verurteilten Josef K.....	587
Abbildung 28: Karte zur Ermittlung der Beleuchtungsverhältnisse im Fall Hans K. .....	589
Abbildung 29: Mitteilung des Nichtgebrauchs des Begnadigungsrechts durch den RMJ im Verfahren gegen Wilhelm M. ....	590
Abbildung 30: Von der StA vorgegebener Text zur Veröffentlichung im Rahmen einer Pressenotiz nach der Vollstreckung eines Todesurteils .....	591
Abbildung 31: Bekanntmachung über die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Raymond D. ....	592
Abbildung 32: Presseartikel des Stern-Magazins vom 15.04.1987, Heft Nr. 17, Bl. 1–2 .....	593

## **Abkürzungsverzeichnis**

Abs.	Absatz
ADR	Akademie des Deutschen Rechts
AG	Amtsgericht
AGR	Amtsgerichtsrat
Anm.	Anmerkung
AV	Allgemeinverfügung
BArch	Bundesarchiv Berlin
BBG	Berufsbeamtengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BzR	Beiträge zur Rechtserneuerung
DAF	Deutsche Arbeiter Front
DBG	Deutsches Beamtenrecht
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNVP	Deutschnationaler Volkspartei
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DStrR	Deutsches Strafrecht
DVerwBl	Deutsche Verwaltungsbücher
ebd.	ebenda
EK	Eisernes Kreuz
EStA	Erster Staatsanwalt
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv
Ger.	Gericht/Gerichte
Gestapo	Geheime Staatspolizei
gez.	gezeichnet
GS	Der Gerichtssaal
GStA	Generalstaatsanwalt/-schaft
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HG	Heimtückegesetz

HJ	Hitlerjugend
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
i. d. F.	in der Fassung
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. v.	im Sinne von
JAO	Juristenausbildungsordnung
JMBL.	Justizministerialblatt
JPA	Justizprüfungsamt
JuS	Juristische Schulung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KdF	Kanzlei des Führers
KGR	Kammergerichtsrat
KrWVO	Kriegswirtschaftsverordnung
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
LAV NRW R	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (Düsseldorf)
LG	Landgericht
LGD	Landgerichtsdirektor
LGP	Landgerichtspräsident
LGR	Landgerichtsrat
LMJ	Landesminister der Justiz NRW
LOStA	Leitender Oberstaatsanwalt
MinDir	Ministerialdirektor
MinRat	Ministerialrat
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OLG	Oberlandesgericht
OLGPräs.	Oberlandesgerichtspräsident
OLGR	Oberlandesgerichtsrat
ORA	Oberreichsanwalt
ORR	Oberregierungsrat

OStA	Oberstaatsanwalt
OT	Organisation Todt
o. V.	ohne Vornamen (Vorname nicht angegeben)
OVG	Oberverwaltungsgericht
Pg.	Parteigenosse
PrJM	Preußischer Justizminister
PrJMBL.	Preußisches Justizministerialblatt
RA	Rechtsanwalt
RAD	Reichsarbeitsdienst
RBG	Reichsbürgergesetz
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RdErl.	Runderlass
RegPräs.	Regierungspräsident
Rep.	Repositor
rev.	reverso
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RJM	Reichsjustizministerium
RKB	Reichskolonialbund
RLB	Reichsluftschutzbund
RM	Reichsmark
RMBL.	Reichministerialblatt
RMI	Reichminister des Innern
RMJ	Reichsminister der Justiz
RPAPräs.	Reichspatentamtspräsident
RR	Regierungsrat
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
RuPrJM	Reichs- und Preußischer Justizminister
RuPrMdI	Reichs- und Preußischer Minister des Innern
RuPrMdJ	Reichs- und Preußischer Minister der Justiz
RV	Rundförmigung
RVerwBL.	Reichsverwaltungsblatt
RVK	Reichsverteidigungskommissar
SD	Sicherheitsdienst des Reichsführers SS
SG	Sondergericht
Sign.	Signatur

SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP
StA	Staatsanwalt
StdF	Stellvertreter des Führers
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StS	Staatssekretär
StVO	Strafvollstreckungsordnung
UStS	Unterstaatssekretär
VDA	Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland
Verw.	Verwaltung
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VGH	Volksgerichtshof
VO	Verordnung
VVO	Volksschädlingsverordnung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
ZAGV	Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins
ZAkDr	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZSW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

Zu den übrigen verwendeten Abkürzungen sei verwiesen auf *Kirchner, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*.

*Zur Zitierweise:*

Die Verfahrens- und Personalakten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf sowie des Bundesarchivs Berlin gliedern sich in Bestände, Aktensignaturen und Blattzahlen, sodass bei der Zitierweise diese Merkmale in entsprechender Chronologie zitiert wurden, exemplarisch:

- LAV NRW R, Ger. Rep. 270, Akte 231, Bl. 9.
- BArch, R 3001, Nr. 72951, Bl. 2.

Bei Akten, die keine fortlaufende Nummerierung aufweisen, wurde die Blattzahl jeweils mit dem Vermerk „nicht angegeben“ versehen.

Wörtliche Zitate wurden bei entsprechender Notwendigkeit an die aktuelle Rechtschreibung angepasst.

## A. Einleitung

Nach über 80 Jahren, die seit dem Zeitpunkt der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 21. März 1933 vergangen sind, ist das interdisziplinäre Forschungsinteresse am zwölfjährigen Existenzzeitraum des Dritten Reiches trotz – oder gerade aufgrund – verheerender politischer, gesellschaftlicher und nicht zuletzt juristischer Entwicklungen ungebrochen<sup>1</sup>. Die Bestrebungen wissenschaftlicher Untersuchungen reichen dabei vom Bereich allgemeiner Justizgeschichte bis hin zu einzelnen Gerichtszweigen, Institutionen, Biographien und Prozessorganen. Die Staatsanwaltschaft spielt als ein solches Prozessorgan im Rahmen nationalsozialistischer Strafjustizgeschichte eine tragende Rolle im zeitgenössischen Strafverfahren, da sie als „unmittelbares Organ der politischen Führung“<sup>2</sup> angesehen wurde und über sie die Interessen der damaligen Machthaber in den Strafprozess eingebracht werden sollten<sup>3</sup>. So wurde die Staatsanwaltschaft zur „gegebenen Lenkungsbehörde“ auserkoren<sup>4</sup>. Auf diese Weise konnte das Regime formal am Prinzip richterlicher Unabhängigkeit festhalten und den Schein äußerer Legitimität wahren. Trotz der Funktion der Staatsanwaltschaft als „Nadelöhr“ für die Machthaber, politische Interessen in den Strafprozess einfließen zu lassen, finden sich bis heute allenfalls vereinzelt Forschungen, die den Untersuchungsschwerpunkt auf die Institution „Staatsanwaltschaft“ legen<sup>5</sup>. Soweit dies der Fall ist, handelt es sich um abstrakte, verallgemeinernde Darstellungen, deren Anknüpfungspunkt die einschlägige gesetzliche Entwicklung ist<sup>6</sup>. Untersuchungen zu einer konkreten Anklagebehörde existieren demgegenüber bislang noch nicht, was vor dem Hintergrund eines enormen Anstiegs von Lokalstudien etwa zu einzelnen Sondergerichten, die zunehmend mit der Aburteilung politischer Straftaten betraut wurden, überraschend ist. Eine Analyse, inwieweit politische Einflüsse durch die Staatsanwaltschaft gerade vor dem Sondergericht Einzug hielten, bietet sich an, da ein Großteil

---

<sup>1</sup> Siehe hierzu die Systematische Übersicht bei Rüping, Bibliographie zum Strafrecht im Nationalsozialismus, S. 7.

<sup>2</sup> Dahm, Der Staatsanwalt, in: DStrR 1935, S. 264.

<sup>3</sup> Schumacher, Staatsanwaltschaft, S. 58.

<sup>4</sup> Rüping/Jerouschek, Strafrechtsgeschichte, S. 126.

<sup>5</sup> So etwa Schumacher, Staatsanwaltschaft; Schumacher, Kontinuität; Rüping, Provinzialjustizverwaltung.

<sup>6</sup> Auf den aktuellen Forschungsstand wird im Folgenden eingegangen, siehe unten, S. 34.

strafprozessualer und materieller Novellierungen zugunsten der Anklagebehörde<sup>7</sup> auf dem Gebiet der Sondergerichtsbarkeit erlassen wurde und teilweise ausschließlich für diesen Gerichtszweig galt<sup>8</sup>. Das Erfordernis einer solchen Untersuchung ergibt sich aus der Erwägung, dass die Normierung von Lenkungsmechanismen und die Feststellung einer politischen Lenkungsintention durch die Obrigkeit allein nicht geeignet sind, verlässliche Auskunft darüber zu geben, ob und wieweit diese Lenkung an der „Basis“ tatsächlich angenommen und umgesetzt wurde<sup>9</sup>. Der Standort Aachen bietet sich für eine nähere Betrachtung an, weil zum Sondergericht Aachen anders als zu anderen Sondergerichten des seinerzeitigen Gaues Rheinland bislang keine zusammenhängenden empirischen Auswertungen vorliegen<sup>10</sup>. Zudem wurde das Sondergericht im Februar 1941 errichtet<sup>11</sup>, zu einem Zeitpunkt,

<sup>7</sup> Innerhalb der Verfahrensnovellierungen zur Sondergerichtsbarkeit wird neben dem Begriff der „Staatsanwaltschaft“ auch der Terminus „Anklagebehörde“ verwendet. Dieser Begriff ist in personeller Hinsicht deckungsgleich mit dem Begriff der Staatsanwaltschaft, wie § 5 SondergerichtsVO zeigt (RGBl. 1933 I, S. 136): „Die Vertreter der Anklagebehörde werden von der Justizverwaltung aus der Zahl der zum Richteramt befähigten Beamten der Staatsanwaltschaft berufen.“ Auch § 12 „Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften“ (RGBl. 1940 I, S. 406) zeigt, dass Anklagebehörde vor dem Sondergericht die Staatsanwaltschaft ist: „Anklagebehörde ist die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht, in dessen Bezirk das Sondergericht seinen Sitz hat.“ Einziger Unterschied zwischen beiden Begrifflichkeiten besteht in sachlicher Hinsicht insoweit, als der Staatsanwaltschaft als leitende Anklagebehörde *im Sondergerichtsverfahren* teilweise zusätzliche Kompetenzen zukamen, welche die Staatsanwaltschaft im ordentlichen Strafverfahren nicht inne hatte. Hierzu im Einzelnen unten. Im Übrigen wird die Anklagebehörde vor dem Sondergericht aber auch als Staatsanwaltschaft bezeichnet, wie Artikel IV, V Abs. 1 „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Gebieten“ (RGBl. 1941 I, S. 759) zeigt. „Der Staatsanwalt verfolgt Straftaten von Polen und Juden (...). Abgeurteilt werden Polen und Juden von dem Sondergericht oder dem Amtsrichter.“

<sup>8</sup> Auf die einzelnen Gesetzesnovellierungen wird nachfolgend vertieft eingegangen werden.

<sup>9</sup> Der Begriff „Basis“ soll hier verwendet werden als Synonym für die Staatsanwaltschaften in den jeweiligen Landgerichtsbezirken.

<sup>10</sup> Publikationen zu Sondergerichten im Gebiet des damaligen Gaues Rheinland existieren für die Standorte Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal und Koblenz. Zur Rechtsprechungspraxis des Sondergerichts Köln findet sich ein wissenschaftlicher Aufsatz, siehe im Einzelnen unten. Zur mangelnden zusammenhängenden Auswertung der Daten zum Sondergericht Aachen konstatiert auch Birmanns, dass die Akten zum Sondergericht Aachen noch nicht untersucht worden sei, obwohl „die Aktenlage im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und im Bundesarchiv in Berlin nunmehr eine gründliche Aufarbeitung möglich machen dürfte“, Birmanns, Aachener Justiz, S. 229.

<sup>11</sup> AV vom 10.2.1941, DJ 1941, S. 223; siehe auch LAV NRW R, Ger. Rep. 270, Akte 231, Bl. 21.

an dem sich das staatsanwaltschaftliche Tätigkeitsfeld auf das sogenannte „Kriegsstrafrecht“ erstreckte<sup>12</sup>.

## **I. Ziel und methodischer Ansatz der Untersuchung**

Die Untersuchung verfolgt das Ziel, die Bedeutung und Tätigkeitspraxis der Staatsanwaltschaft Aachen unter dem Gesichtspunkt einer politischen Instrumentalisierung abschließend inhaltlich und empirisch auszuwerten. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Institution Staatsanwaltschaft in den Kontext des nationalsozialistischen Justizverwaltungsgefüges eingebettet, die lokale Tätigkeitspraxis beleuchtet und in einen statistischen Kontext zur Rechtsprechung des Sondergerichts Aachen gesetzt. Die Staatsanwaltschaft bildet das zentrale Strukturelement der vorliegenden Untersuchung, sodass der Arbeit ein institutionengeschichtlicher Ansatz zugrunde liegt. Dabei besitzt das Vorhaben im Schwerpunkt rechtshistorischen Charakter mit Bezügen zum zeitgenössischen materiellen Strafrecht und Strafprozessrecht. Die Dominanz der Rechtsgeschichte gegenüber dem Strafrecht ergibt sich dabei aus der *ratio* des Vorhabens, die nicht etwa in der Erforschung oder Deutung strafrechtsdogmatischer Fragestellungen, sondern den Schwerpunkt auf Bedeutung, Wesen, Lenkung und Arbeitspraxis der Staatsanwaltschaft setzt. Gleichwohl ist eine vereinzelte dogmatische Auseinandersetzung mit spezifischen Straftatbeständen unerlässlich, um die Gesetzesanwendung der Anklagebehörde in einen entsprechenden Kontext zu betten. Im Übrigen lässt sich auch ein interdisziplinärer Charakter der Untersuchung nicht leugnen: Im Hinblick auf Instrumentalisierung und konkrete Lenkung werden insbesondere politische, gesellschaftliche und ideologische Faktoren eine wesentliche Rolle spielen, etwa bezüglich konkreter Einzelweisungen durch das RJM oder persönlicher Motivationen der Staatsanwälte. Im Rahmen der Analyse staatsanwaltschaftlicher Verfahrensakten ist die Arbeit geprägt von der Darstellung und Auswertung statistisch auswertbarer Informationen<sup>13</sup>. Insoweit wird ein quantitativer mit einem qualitativen Ansatz kombiniert, da die empirische Erhebung der Daten inhaltliche Rückschlüsse auf Lenkung und Arbeit der Staatsanwaltschaft zulässt.

---

<sup>12</sup> Freisler/Grau/Krug/Rietzsch, Deutsches Strafrecht, S. 6 f.

<sup>13</sup> Die statistische Auswertung erfolgt mit Hilfe eines elektronischen Datenverarbeitungsprogramms.